

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller  
(einschließlich 3 Heller Porto)

ZENTRALORGAN  
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI  
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK



ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 62. TELEFON 53077.  
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

Freitag, 24. Mai 1935

Nr. 121

15. Jahrgang

## Parteikonferenz der deutschen Sozialdemokratie

Im Steinerjahl des Lidové dům in Prag fand Donnerstag die Parteikonferenz statt, um über das weitere Vorgehen unserer Partei und über die Besetzung der Mandate im zweiten Stutinium zu entscheiden.

Das politische Referat erstattete der Partei vorstehende Genosse Dr. Cz e h.

Er würdigte unter lebhafter Zustimmung der Konferenz die gewaltigen Leistungen der Vertrauensmänner im Wahlkampf und hob besonders die aufopfernde Arbeit der Republikanischen Wehr, der Jugendlichen und des Genossen Taub hervor. In der Beurteilung des Wahlergebnisses erklärte Genosse Dr. Cz e h, daß weder organisatorische Mängel noch ideologische Schwächen den Rückschlag herbeigeführt haben, daß er auch nicht durch die Taktik der Partei verschuldet wurde, sondern daß die faktische Welle über die Grenzen gestaut ist. Hitler hat im sudetendeutschen Volke gesiegt. Auch die Christlichsozialen sind trotz ihrer Oppositionspolitik geschlagen worden und ebenso die Kommunisten im deutschen Gebiet.

Im tschechischen Volke hat aber die Demokratie gesiegt. Die tschechischen Koalitionsparteien sind zur Fortsetzung der Zusammenarbeit entschlossen. Daraus ergibt sich für uns die Aufgabe, dem sudetendeutschen Faschismus den Weg zur Macht zu verlegen und die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der deutschen proletarischen Menschen zu schützen.

Die Partei ist vollkommen intakt geblieben und wird, erfüllt von unerschütterter Begeisterung für den Sozialismus, die schweren Kämpfe der Zukunft erfolgreich bestehen.

An das beifällig aufgenommene Referat des Parteivorstehenden knüpfte sich eine eingehende Aussprache, an der die Genossen Re i ch n e r, Bodenbach, L o r e n z, T e p l i č, S c h w a r z, Reimerich, S a c h e r, J i ř á d e r, H e l l e r, T e p l i č, L e i n s m e r, Komotau, H l i m a n, Kuffig und D e u t s c h, Freiburg teilnahmen. In allen Reden kam die ungebrochene Kampfkraft der Partei und die prinzipielle Einmütigkeit über das weitere Vorgehen zum Ausdruck.

Nach dem Schlusswort des Genossen Dr. Cz e h ermächtigte die Konferenz den Parteivorstand zur Führung der Verhandlungen über die Neubildung der Regierung.

Die Konferenz nahm ferner einen Bericht des Genossen T a u b über die Vorschläge für das zweite Stutinium entgegen und genehmigte die vorgeschlagene Liste.

### Um die neue Regierung

Im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Regierungsbildung tauchen die üblichen Kombinationen über die Aufstellung der Ressorts auf die einzelnen Parteien und innerhalb dieser wieder auf bisherige Kabinettsmitglieder oder neue Kandidaten auf, die sich natürlich nur sehr schwer auf ihre Richtigkeit prüfen lassen und oft schon überholt sind, bevor sie bekannt werden. Nicht bekannt sind bisher die Gerüchte, daß die deutschen Christlichsozialen nicht abgeneigt wären, mit den Landbühlern einen gemeinsamen Klub zu bilden, um eine Vertretung in den Ausschüssen zu erlangen. Deshalb sind um so mehr auch die Behauptungen mit Vorsicht aufzunehmen, daß die Christlichsozialen sofort zu einer Teilnahme an der Regierung in der Form bereit wären, daß ein Parlamentarier oder auch ein höherer deutscher Beamter diesen gemeinsamen Klub in der Regierung als Minister ohne Portefeuille vertritt.

Auf tschechischer Seite soll die Vertretung der Agrarier auf drei Ministerien reduziert werden; Verteidigungsminister B r a d a c soll ein anderes Ressort übernehmen und die Nationalverteidigung einem General überlassen werden. Für das Innenministerium wird u. a. ein nationalsozialistischer Kandidat genannt. Allerdings hätte hierfür nur Aba. M l e c h als Präzident der Olmücker Handelskammer eine gewisse fachliche Qualifikation, während es wenig wahrscheinlich ist, daß der Parteivorstehende R a j m a n, der sich den Wahlsieg seiner Partei zumißt, selbst auf ein Ministerportefeuille zugunsten M l e c h s verzichten würde, mit dem ihn nicht gerade sehr freundschaftliche Gefühle verbinden.

## Macdonald geht?

### Abschüttelung des unbeliebten Premiers vor den Wahlen

L o n d o n. Nach einer Neuermeldung steht nunmehr unzweifelhaft fest, daß noch vor Ablauf der Pfingstferien des Parlaments Baldwin anstelle Macdonalds den Posten des Ministerpräsidenten übernehmen wird. Der Grund für diesen Wechsel sei die Feststellung des Kugensartes, daß Macdonalds Augen den Anstrengungen, die mit seinem jetzigen Amt verbunden sind, nicht gewachsen seien.

Ein Wechsel auf den Posten des Ministerpräsidenten macht nach altenglischer Ueberlieferung den förmlichen Rücktritt aller übrigen Mitglieder des Kabinetts erforderlich.

Der neue Ministerpräsident hat somit freie Hand für einen Umbau des Kabinetts. Nach Neunter besteht Grund für die Annahme, daß Baldwin von dieser Gelegenheit weitgehenden Gebrauch machen werde. Macdonald werde der Regierung wahrscheinlich als Präsident des Staatrates auch weiterhin angehören. Man werde alles tun, um mit einer möglichst starken Regierung, die auf der gegenwärtigen nationalen Grundlage stehe, vor die Wähler zu treten. Die Wahlen zum Parlament würden voraussichtlich im Herbst stattfinden.

## Flandin fordert Finanzvollmachten

Paris. Der Ministerpräsident und der Finanzminister beschloßen, am Dienstag nachmittags nach der Verlesung der Regierungserklärung in der Kammer und im Senate das Parlament u n v e r z ü g l i c h um finanzielle Vollmachten zu ersuchen, den tatsächlichen Stand der Staatsfinanzen darzulegen und die Vertrauensfrage zu stellen.

Da die Mehrheit der Deputierten noch auf M l a u b weilt und bisher kein Klub einberufen wurde, läßt sich nicht sagen, welchen Standpunkt die Kammer einnehmen wird. Die Dinge werden in erster Linie vom Tone der Regierungserklärung und von der Lage der Staatskasse abhängen.

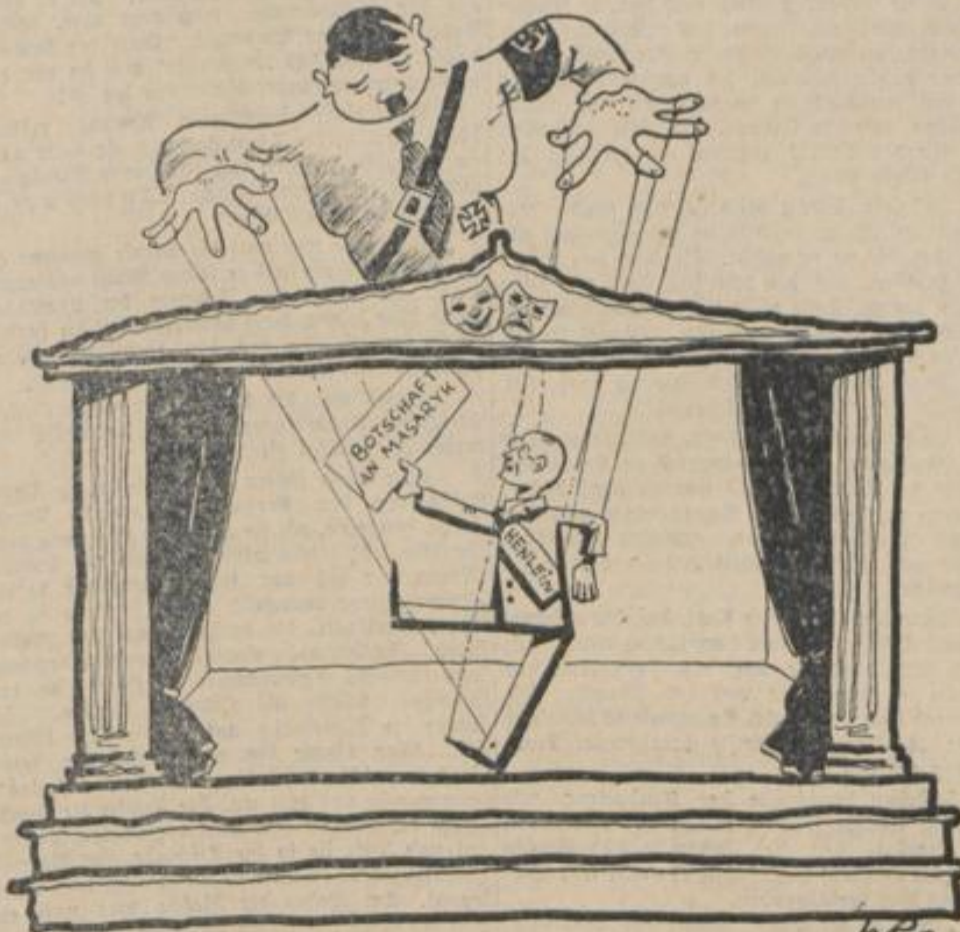
## Etwas zum Lachen

B u d a p e s t. Bei den letzten Wahlen wurde auf der Regierungsliste unter einem falschen Namen ein jüdischer Kandidat für das antisemitische Programm gewählt. Das Ministerium des Innern hat die Untersuchung aufgenommen.

## Wählt Liste



## Der Hampelmann



und wer ihn an der Strippe hat

## Internationale Würdigung unseres Wahlkampfes

Im „Peuple“, dem Hauptorgan der belgischen Sozialdemokraten, beschäftigt sich J e z a s, der Außenpolitiker dieses Blattes, an leitender Stelle mit dem Ergebnis der tschechoslowakischen Wahlen und besorgt daß in nicht nur außergewöhnlich ausführlicher Weise, sondern auch mit solch europäischem Blick auf die Bedeutung der Tschechoslowakei und ihre demokratischen Kräfte, daß wir wenigstens die wesentlichsten Stellen dieses Artikels der breitesten Öffentlichkeit vermitteln wollen. Gleich eingangs heißt es in diesem Artikel, daß die sonntägigen Wahlen in der Tschechoslowakei außerordentliche Aufmerksamkeit auf sich zogen. Und sofort wird an Hand des Wahlergebnisses festgestellt, daß „die Tschechoslowakei die Wahlen der Demokratie und der Stabilität in Mitteleuropa bleibt.“ Dann heißt es weiter:

„Man hat es oft genug ausgesprochen, daß die Tschechoslowakische Republik zur Zeit eine Insel der Freiheit und Demokratie in einem Mitteleuropa ist, das von der faschistischen Flut überschwemmt zu werden droht. Aber das Land Masaryks ist noch etwas anderes: es ist die feste Basis dessen, was noch an politischer und wirtschaftlicher Stabilität in diesem Teil Europas geblieben ist, es stellt dort — das darf man ohne Uebertreibung sagen — den letzten Pfeiler dar. Und dieser Pfeiler ist es, gegen den die destruktiven, kriegerischen Mächte, türkisch, aber unverjählich, ihre heftigsten Attacken richten. Die Tschechoslowakei ist das große Hindernis, das sich gleichzeitig dem pan germanischen Drang nach Südosten und dem hierofaschistischen Antrieben entgegenstellt, die auf die Wiedererrichtung der Habsburger Monarchie abzielen.“

„Mehr noch als gegen Sowjetrußland ist gegen den Bestand der Tschechoslowakischen Republik selbst das germano-polnische Einverständnis gerichtet.“

Für die Tschechoslowakei gibt es keine Stabilität und Sicherheit ohne Freiheit und ohne Demokratie. Und in diesen Idealen und in seinen demokratischen Einrichtungen wurzelt die geistige und materielle Kraft der Tschechoslowakei. Das ist der Grund, warum die ganze Welt sich mit ungeheurem Interesse gefragt hat, wie das demokratische und parlamentarische Regime dieses Landes die Probe der jetzigen Wahlen bestehen würde.“

Der „Peuple“ stellt sodann das im allgemeinen befriedigende Ergebnis dieser Wahlen fest, beschäftigt sich weiter mit der nationalen Zusammenlegung der Tschechoslowakei und mit den insbesondere durch die enge und brüderliche Zusammenarbeit der tschechischen und deutschen Sozialdemokraten geglückten Versuch, das große Problem der Tschechoslowakei, die Lösung der nationalen Frage, in Angriff zu nehmen. Dann heißt es weiter:

„Die Feinde der Tschechoslowakei hatten rasch bemerkt, daß in dieser Zusammenarbeit der tschechischen und deutschen Bevölkerung die Kraft und die Stabilität der Republik beruht und daß infolgedessen hierin ihr verwundbarster Punkt zu suchen ist. Lange vor Hitlers Katastrophe hatte die Nazibewegung ihre besondere Aufmerksamkeit auf die sudetendeutsche Bevölkerung, d. h. vor allem auf die Grenzgebiete Böhmens, gerichtet.“

Und seitdem der braune Faschismus sich Deutschlands bemächtigte, wurde die Hitler-Propaganda in der Tschechoslowakischen Republik durch die Reichsregierung geschickt organisiert, gelenkt und bezahlt, mit dem wohlbedachten Zweck, die Republik zu übersfluten und im geeigneten Augenblick mit den größten Erfolgsaussichten in die Luft zu sprengen.“

Das Blatt beschäftigt sich dann mit dem Wahlansatz, stellt fest, daß sich innerhalb der deutschen Bevölkerung die Sozialdemokraten noch am besten gegen die Denkeinflüsse verteidigten, und schreibt dann weiter:

„Wir stehen also einem bedauerlichen pan germanischen und faschistischen Drang nach Südosten gegenüber.“









